

Wirtschaftsdemokratie und der Bruch mit dem Kapitalismus

Zu den Defiziten der Kritik am Konzept von „Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung“

In seinem scharfsinnigen Essay „Über Kultur der Kritik und den Mangel daran“ (Z, Nr. 81) kommt Thomas Metscher zu dem Schluss, dass es eine solche Kultur im heutigen Marxismus nicht gäbe. Solche Un-Kultur hat ihre Gründe. Theoretische Systeme und Ableitungen sind für Kommunistinnen und Kommunisten nicht bloße Denkfiguren, sondern sie bestimmen oft die Grundrichtung ihres Handelns, ihrer ganzen Existenz. Eine Existenz voll von Opfern und Auseinandersetzungen, auch von schmerzlich enttäuschten Hoffnungen. Jeder Gedanke, der mit den bisherigen ideologischen Leitplanken der eigenen Existenz kollidiert, trifft auf einen gereizten Nerv. So ist die instinktive, emotionale Abwehr neuer oder „abweichender“ Ideen psychologisch verständlich. Vernünftig ist sie nicht, weder für die Entwicklung des theoretischen Disputs noch einer revolutionären Praxis, die Konsequenzen aus der geschichtlichen Bewährungsprobe der alten „Gewisheiten“ ziehen müsste.

Reform und Revolution

Zu den ersten Anforderungen an einen kritischen Disput unter Marxisten zählt Metscher das dialogische Moment, eine Haltung, die es ermöglicht, dass die Antagonisten ihre Auseinandersetzung fortführen können. Klaus Mausner möchte davon nichts wissen. Seinen Leserbrief an die UZ, worin er gegen die Veröffentlichung des Beitrags zu „Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung“ protestiert, überschreibt er mit: „Jetzt reicht's!“ Vielleicht ist es die Erregung, vielleicht ist es auch Unkenntnis, die ihn vom Verständnis des kritisierten Textes fernhält. Er sieht die „Totaldistanzierung vom Leninismus noch getoppt“ von der Berufung auf die Autorität Kautskys, den Lenin bekanntlich als „Renegaten“, als Verräter an der Revolution bezeichnet habe. Der isw-Report bezieht sich auf Kautskys Widerspruch gegen den Reformismus Bernsteins, für den der Weg alles und das Ziel nichts war. Für Kautsky hingegen, so wird zitiert, ist „jeder ein Revolutionär, der dahin strebt, dass eine bisher unterdrückte Klasse die Staatsgewalt erobert. Er verliert diesen Charakter nicht, wenn er diese Eroberung durch soziale Reformen, die er den herrschenden Klassen abzurufen versucht, vorbereiten und beschleunigen will. Nicht das Streben nach sozialen Reformen, sondern die ausgesprochene Beschränkung auf sie unterscheidet den Sozialreformer vom Sozialrevolutionär.“

Kautsky schrieb diese Worte 1902. 18 Jahre später schrieb Lenin in „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit des Kommunismus“ von den „längst vergangenen Zeiten, als Kautsky noch ein Marxist war und kein Renegat“ und schloss seine Einleitung so: „Wie gut schrieb Kautsky doch vor 18 Jahren!“ Auf solche Feinheiten bei der Beurteilung Kautskys sollten gerade Verfechter Lenins und des Leninismus achten.

Ein anderes Verfahren der Un-Kultur der Kritik wendet Hans-Peter Brenner an. Statt den Kern der Argumente wieder zu geben, die er kritikfähig findet, baut er Pappkameraden auf, die mit dem Inhalt des isw-Reports nichts zu tun haben, ihm oft direkt widersprechen. Aber Brenner kann sich die Kameraden so hinstellen, dass er sie auch mit schwachen Hieben zu Boden strecken kann.

Wirtschaftsdemokratie = sozialdemokratisch?

Das erste Drittel seiner ganzseitigen Kritik verwendet Brenner auf den Nachweis, dass Wirtschaftsdemokratie eine „Erfindung“ der SPD und ein Bestandteil der Ideologie der Klassenaussöhnung sei. Er tut so, als müsse er dies dem isw-Autor erst mal klar machen. Tatsächlich stehen fast alle Zitate Brenners aus der SPD- und Gewerkschaftsgeschichte schon in dem isw-Report. Dort wird auch der Schluss gezogen, dass sowohl die Weimarer wie die Godesberger SPD Wirtschaftsdemokratie als Vehikel des Klassenkompromisses und als Absage an den Klassenkampf verstanden haben. Das abschließende Urteil dieses Absatzes fällt so aus: „So richtig es ist, diesen prokapitalistischen Ansatz zurück zu weisen, so falsch wäre es, wegen dieses Versuchs der Weimarer SPD auf eine `Wirtschaftsdemokratie` mit antikapitalistischer Qualität zu verzichten. Ein vergleichbarer Fehler wäre, die Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie zurück zu weisen, weil diese Einrichtung vor allem auch von der Sozialdemokratie als Ort und Vehikel der Klassenaussöhnung genutzt wird... Ob `Mitbestimmung` und `Wirtschaftsdemokratie` revolutionär oder klassenversöhnend ausschlagen, hängt davon ab, wieweit sich dort Kräfte durchsetzen, die den `jetzigen Zustand` aufheben, also die Kapitalmacht zurückdrängen wollen und können.“

Finanzkapital und Realkapital, Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse

Brenner unterstellt dem isw-Autor, er sehe das Finanzkapital „quasi in einer autonomen Sphäre über der materiellen Großproduktion“, die vom Finanzkapital „in einer einseitigen Abhängigkeit“ gehalten werde. Auch reduzierten sich die vorgeschlagenen Maßnahmen auf die „Re-Regulierung und Begrenzung der Mechanismen des Finanzkapitals“, Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse würden nicht erwogen. Es fällt schwer zu glauben, dass hier bloß eine gestörte Wahrnehmung vorliegt und nicht ein bewusster Versuch der Falsch-Darstellung. Denn in beiden Punkten vertritt der Autor ausführlich das Gegenteil dessen, was der Kritiker ihm unterstellt.

Schon im Vorwort wird darauf hingewiesen, dass das Versagen des neoliberalen Entwicklungsmodells nicht auf spezielle „neoliberale“ Faktoren eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zurückzuführen ist, sondern auf

allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus. Eingehend werden die der kapitalistischen Logik entspringenden Tendenzen zu Überakkumulation und Unterkonsumtion dargelegt. Im Gefolge dieser Tendenzen verlagern die Unternehmen der „Realwirtschaft“ einen immer größeren Teil ihrer Profite und ihres Vermögens in den Finanzsektor. Das Aufblähen des Finanzsektors ist ein direktes Ergebnis der Widersprüche in der Produktionssphäre, vermag diese aber keineswegs zu lösen, sondern endet im Knall und in der Krise, wie in den letzten Jahren anschaulich zu besichtigen. Dies hat das isw in vielen Untersuchungen, auch schon vor dem Crash, dokumentiert und analysiert. Und auf die zusätzlich hochkritische Rolle des Finanzsektors hingewiesen, der durch Geldschöpfung – sowohl durch Zentral- wie Geschäftsbanken – und durch Spekulation mit „Finanzinnovationen“ aller Art die Blasenbildung noch intensiviert.

Auch die zweite Behauptung, das vorgelegte Konzept beschränke sich auf Regulierung des Finanzsektors, ist ein reiner Brennerscher Popanz. Tatsächlich wird ausgeführt, dass die der Krise zugrunde liegenden Widersprüche nicht im Rahmen des Kapitalismus zu lösen seien. Anhand des „skandinavischen Modells“ wird gezeigt, dass eine „soziale Regulierung“ des Kapitalismus nicht hinreicht, sondern „die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Gesellschaft direkt in die Nutzung der Produktionsmittel eingreifen können (müssen), also Eigentum vergesellschaftet werden (muss)“. Für Deutschland wird dementsprechend für die jetzige Kampfphase eine Mitbestimmung gefordert, „die ihren Namen verdient“, die „garantieren (muss), dass auch in unternehmenspolitischen Fragen keine Entscheidung gegen den Willen der Beschäftigten getroffen werden kann“. Für den Bankensektor fordert der Report übrigens keine Re-Regulierung, sondern dass er verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle gestellt wird.

Bruch mit dem Kapitalismus, Bewaffnung der Massen

Nach Brenner fehlt „den Thesen des Genossen Schuhler... die Verbindung von demokratischen Ansätzen in der Wirtschaft mit einer Strategie des Bruchs mit dem Kapitalismus“. Beate Landefeld drängt es in die selbe Richtung, sie spricht etwas zierlicher vom reformistischen Traum von der Überwindung des Kapitalismus, ohne die Machtfrage zu stellen. Jörg Miehe reiht sich ein in den Chor der Kritiker mit dem offenbar abschätzig gemeinten Urteil, „dass der Autor doch die Entwicklung des Richtigen im Falschen in größerem Ausmaß für möglich hält“.

Bruch, Machtfrage – wie denn? Es geht nicht darum, die Frage zu stellen, das ist leicht und kann jeder. Das Problem ist die Antwort. Lenin spricht wiederholt davon, dass sich die Arbeiterklasse selbstverständlich bewaffnen müsse, um an die Macht zu kommen. Nur, was sind die Waffen der Arbeiterklasse heute, was können sie sein? Sprengstoff, Mörser, Bodenraketen, Schnellfeuergewehre? Da werden die Machtfrage-Steller möglicherweise abwehren und sich verwahren gegen Unterstellungen. Aber sie haben gerade in der von ihnen zur wichtigsten von allen erklärten Frage nichts zu bieten. Der isw-Report hat eine fundamentale Antwort: Der Bruch mit dem Kapitalismus muss über einen ständig intensivierten Kampf für mehr Demokratie, für mehr Einfluss der Arbeiterinnen und Arbeiter und der anderen gesellschaftlichen Gruppen gegen die Interessen und Kompetenzen der großen Konzerne und ihrer politischen Handlanger erfolgen. Im einzelnen werden das politische Mandat der Gewerkschaften, das Recht und die Praxis des Generalstreiks, die Ausweitung der direkten Demokratie über Volksabstimmungen auf allen Ebenen von der Kommune bis zum Bundesstaat, die Durchsetzung der qualifizierten Mitbestimmung und die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten von der Region bis zum Bund gefordert.

Die Waffe der modernen Arbeiterklasse, der „Subalternen“ insgesamt, ist die Demokratie, die bislang nur als Propagandaformel, nicht als Wirklichkeit existiert. Diese Demokratie in allen Bereichen und auf allen Ebenen durchzusetzen, das stellt den Bruch mit dem Kapitalismus dar, nicht als Knall mit Tagesdatum und Uhrzeit, aber als mühsamer Prozess der Transformation. Es mag durchaus sein – der Autor hält es für wahrscheinlich – , dass das Kapital, wenn es seine Felle davon schwimmen sieht, mit Gewalt seine Stellung wahren will. Auch dagegen muss sich das Volk wappnen. Es wird dann die Aufgabe einer demokratischen Mehrheitsbewegung sein müssen, diesen illegalen Versuch des Großkapitals abzuwehren.

Für diesen Fall, den Versuch der gewaltsamen Unterdrückung der demokratischen Bewegung, schlägt der isw-Report den Generalstreik vor, die totale Mobilisierung aller politischen und sozialen Mittel, die der Arbeiterklasse und den übrigen subalternen Schichten zur Verfügung stehen. Da weiß nun Miehe, der im übrigen für den „Reformismus“ des Autors nur eine gerümpfte Nase übrig hat, dass das gar nicht geht. Da müssten doch die Lohnarbeiter, die Selbständigen und die Bourgeoisie und ihre Kinder und Alten und Kranken sich vorher etliche Zentner Kartoffeln einlagern, einen Gasherd und einige Gasflaschen kaufen. Ohne Strom gäbe es dann keine Kühlschränke, und ohne Gas in der Leitung auch keine Heizung. Auch hätten die Läden und Großhändler geschlossen, der Schwarzmarkt würde blühen. Ja, Jörg Miehe und all die andern, den Bruch mit dem Kapitalismus wollen, den demokratischen Weg aber ablehnen oder für nicht hinreichend erklären, und dann den Übergang zum Sozialismus allianzversichert und ohne Kartoffelknappheit durchführen wollen – das ist vielleicht doch nicht ganz ernst zu nehmen.

Staat und Revolution

Ein zentrales Missverständnis der Kritiker äußert sich in diesem Brenner-Satz, der unterstellt, beim Konzept der Wirtschaftsdemokratie handele es sich notwendigerweise um „Vorstellungen, wonach man den bürgerlich-kapitalistischen Staat zu einem dauerhaften Eingreifen in die ökonomisch und politischen Eingreifen in die ökonomischen und politischen Machtstrukturen im Interesse der Werktätigen bewegen könne“. Der Staat ist

jedoch nicht einfach die politische 1:1-Artikulation des Kapitalverhältnisses, er ist vielmehr Terrain des Klassenkampfes, auf dem sich entsprechend dem Kräfteverhältnis der Klassen und der Fraktionen des Kapitals Regeln für das Kapitalverhältnis und die gesamte gesellschaftliche Organisation herausbilden. Tatsächlich lässt sich, wie die Geschichte beweist, das kapitalistische Akkumulationsmodell mit verschiedenen politischen Regulationsweisen verbinden. Es wäre allerdings eine Illusion anzunehmen, man könne gesellschaftliche Demokratie haben, ohne das kapitalistische Akkumulationsmodell prinzipiell zu verändern. In der isw-Broschüre heißt es unmissverständlich: „Will man sie (die Menschheitskrisen, die allesamt der allgemeinen Funktionslogik des Kapitalismus entspringen) überwinden, genügt es nicht, der kapitalistischen Wirtschaft eine moderne Regulationsweise überstülpen zu wollen. Man muss in die Funktionsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaft selbst eingreifen. Die Logik und die Macht des Kapitals muss aufgehoben werden, indem man die Entscheidungen in der Wirtschaft selbst demokratisiert.“

Das Konzept von „Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung“ sieht also vor, sowohl auf der politischen wie auf der wirtschaftlichen Ebene die demokratische Qualität sozusagen synchron zu entwickeln, bis die demokratischen Potenzen hinreichen, den finalen Bruch mit dem kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnis herbeizuführen. Die „wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“ (so beschreibt Marx das, was „Kommunismus“ meint), bedeutet das Voranschreiten von Demokratie auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Die diesbezügliche Quintessenz in den Worten des isw-Reports: „`Revolution` heißt nicht Eroberung des Reichstags, sondern Übernahme der Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft durch das Volk, durch die gesellschaftlichen Gruppen“.

Brauchen wir überhaupt den Sozialismus?

Miehe hält nichts davon, von der Ablösung der kapitalistischen durch eine solidarische, sozialistische Gesellschaft die Lösung der drängendsten Menschheitsprobleme zu erwarten. „Wenn wir nicht weit davon entfernt wären, Sozialismus machen zu können,“ schreibt er, „müsste man größte Sorgen haben, wenn jemand das Umweltproblem .. und das Problem des Hungers .. den allgemeinen Gesetzen des Kapitalismus zuschreibt und nicht dem überbordenden unbeherrschten Stand der Produktivkräfte..“

Dies ist eine beliebte Denkfigur gerade auf prokapitalistischer Seite, den Krisenzustand der Produktivkräfte zu lösen von der Frage der Eigentumsverhältnisse. Wer sich indes klar darüber ist, dass die Krisen mitsamt dem „überbordenden unbeherrschten Stand der Produktivkräfte“ den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation geschuldet sind – und dies wird ausführlich im isw-Report begründet – wird darauf beharren, dieser Akkumulationsform zu Leibe zu rücken. Die Rede von „formationsübergreifenden“ Problemen – Umwelt, Ausbeutung, Hunger, Krieg, Unterdrückung der Frau – darf nicht darüber hinweg täuschen, dass ihre aktuelle Ausformung von den Gesetzen der kapitalistischen Profitmaximierung geprägt ist. Die Probleme definitiv zu lösen, verlangt letztlich die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung. Dies ist eine notwendige, nicht hinreichende Bedingung. Auch im realen Sozialismus haben wir u.a. eine Politik der gravierenden Schädigung der Umwelt erlebt. Doch ohne die Überwindung der heute herrschenden kapitalistischen Imperative sind substantielle Lösungen nicht möglich.

Kommt der „Totengräber“?

Marx spricht von „Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion“, die sich mit „eherner Notwendigkeit“ durchsetzen und mit ebensolcher ehernen Notwendigkeit ihren „Totengräber“, nämlich das moderne Proletariat produzieren. Im isw-Report wird gesagt, dass man diesem deterministischen Geschichtskonzept nicht folgen muss, um die von Marx analysierte Funktionslogik des Kapitals zu akzeptieren. Was indes die „Naturgesetzlichkeit“ der geschichtlichen Entwicklung anlangt, so hat der Autor Zweifel. Ob die Arbeiterklasse und die übrigen antikapitalistischen Gruppen den Kapitalismus am Marsch in die Katastrophe hindern können, hält er für offen. UZ-Leser Alexander Thomalla sieht darin mehr „eigene Verzagtheit und Defätismus vor der `Übermacht` des Kapitalismus als ein Argument gegen die von Marx entdeckte Gesetzmäßigkeit“.

So sympathisch das Beharren auf einer gesetzmäßig aufsteigenden Linie des gesellschaftlichen Fortschritts auch ist, die Wirklichkeit mahnt zur Vorsicht. 1969 hat die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau festgestellt, die gegenwärtige Epoche sei „die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“. 20 Jahre später haben Jörg Huffs Schmid und Heinz Jung vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, dem damaligen Think Tank der DKP, erklärt, wir hätten es mit der „langfristigen Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme“ (Kapitalismus und Sozialismus) zu tun. Dies war schon eine Zurücknahme der Verheißung von 1969, aber immer noch unbegründet optimistisch. Kurz danach implodierte der reale Sozialismus, und der Kapitalismus wählte sich als „Sieger der Geschichte“.

Heute steht der Kapitalismus inmitten einer Krise, derer er bislang nicht Herr wird, blamiert da. Aber er ist nach wie vor in seiner Herrschaftsausübung ungefährdet. Dies muss anders werden. Es wird aber nicht „objektiv“, „naturgesetzlich“ passieren – sondern nur durch beharrliche politische Arbeit und Aufklärung, die auch scheitern könnte. Dass dies nicht passieren möge, begründet u.a. die Bedeutung der DKP.

Conrad Schuhler: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung. Zu einer solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. isw-Report Nr. 79